

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Pfl., bei Lieferung frei Haus 50 Pfl. Postbezug monatlich 2,30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlass hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und G. V. Förster's Erben. Verantwortlich für Derivatives u. Sächsisches, Unterhaltungs- u. Sportteil Karl Hoffmann, Pulsnitz, für Politik und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz, D. V. L.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Hitler-Str. 4. Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 29

Dienstag, den 4. Februar 1936

88. Jahrgang

Könige und Minister in Paris

Fortgang der politischen Besprechungen

Die Besprechungen der in Paris anwesenden Staats- oberhäupter und Minister mit den führenden französischen Staatsmännern nahmen im Lauf des Montagnachmittags ihren Fortgang. König Boris von Bulgarien empfing nach seiner Zusammenkunft mit dem Präsidenten der Französischen Republik in der Gesandtschaft seines Landes den französischen Ministerpräsidenten Sarraut und Außenminister Flandin. Vor diesem Besuch hatte Flandin den englischen Botschafter in Paris sowie den albanischen Außenminister und den albanischen Gesandten empfangen. König Carol von Rumänien, der wie jetzt bekannt wird, dem französischen Ministerpräsidenten und dem Außenminister im Verlauf der Besprechungen am Montagvormittag die Insignien des Großkreuzes des Kronenordens von Rumänien überreichte, empfing am Montagmittag den Oberbefehlshaber des französischen Heeres, General Gamelin. Der türkische Außenminister Rüschdi Aras war in Begleitung des türkischen Botschafters am Montag beim griechischen Gesandten zu Gast. Um 16 Uhr begab er sich zum französischen Ministerpräsidenten. Prinzregent Paul von Jugoslawien traf am Montagabend, von London kommend, in Paris ein.

Der Gedanke der kollektiven Sicherheit

Der Mittelpunkt der Pariser diplomatischen Besprechungen ist die kollektive Sicherheit. Das große diplomatische Treffen in Paris scheint von dem Gedanken der kollektiven Sicherheit abgeleitet zu werden. Bemerkenswert ist, daß Außenminister Flandin am Montagabend den englischen Botschafter empfing und ihn von seinen Unterredungen mit den ausländischen Staatsmännern unterrichtet hat. Hinsichtlich der Verwirklichung der kollektiven Sicherheit sollen, wie aus französischen Kreisen verlautet, die osteuropäischen Mächte die Möglichkeit prüfen, dem Artikel 16 der Völkerbundscharta eine endgültige Auslegung zu geben und dem Ausdruck „kollektive Sicherheit“ eine feste Form zu verleihen. Allerdings sei diese Anregung zur Zeit noch unbestimmt, und angesichts der politischen und praktischen Schwierigkeiten könne man noch nicht sagen, ob sie schließlich weiter verfolgt werde. Mit dem türkischen Außenminister soll, wie es heißt, Flandin am Montag vor allem die Frage der Anwendung der Sühnemaßnahmen im italienisch-abessinischen Streit und — auf englische Bitte — auch die Frage des gegenwärtigen Beitandes der Mittelmeermächte erörtert haben. Dabei sei auch der Wunsch der Nachbarn Bulgariens laut geworden, dieses möge sich dem Balkanpakt anschließen. Die Frage der Befestigung der Dardanellenküsten sei dagegen nicht ernstlich angeschnitten worden, da die türkische Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß man unter den gegenwärtigen Umständen einen Wiederaufbau vermeiden müsse. Aus der Fühlungnahme des französischen Außenministers mit dem König von Bulgarien soll sich ergeben haben,

haben, daß sich die auswärtige Politik Bulgariens weiterhin auf Genf gründe.

Die Unterredung mit dem litauischen Außenminister Lozoraitis habe, wie aus französischen Kreisen verlautet, gleichfalls der Prüfung der Frage der kollektiven Sicherheit gegolten, allerdings insbesondere zugeschnitten auf die Lage in Nordosteuropa.

Die Liberté warnt vor den Sowjets

„Die Politik der Volksfront treibt Frankreich in den Krieg“

Paris, 3. Februar. In einer außenpolitischen Betrachtung erklärt die „Liberté“, die Politik der Volksfront treibe Frankreich in den Krieg. Der Teil der Regierungserklärung, der sich mit der Außenpolitik befaßt habe, sei derartig blaß und farblos gewesen, daß sich irgendwelche Stellungnahmen erübrigten. Über die Haß, mit der anschließend die Kammer die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktes gefordert habe, scheine diesen leeren Worten nachträglich einen Sinn zu verleihen. Im Saarsbreite habe die Politik der Sühnemaßnahmen der Volksfront Europa in einen Krieg für den Nequis geführt.

Das Militärbündnis mit den Sowjets aber werde Frankreich noch sicherer in einen Krieg für Moskau ziehen.

Man werde einwenden, die Freunde der Kleinen Entente hätten Frankreich gebeten, den Pakt zu unterschreiben. Darauf gebe es aber nur eine Antwort. Das sei eine Politik der Abhängigkeit, selbst wenn es sich um Freunde handele und nicht eine Politik der Selbstständigkeit, wie sie ein großes Land wie Frankreich betreiben müßte. Außerdem habe Jugoslawien die stärkste Militärmacht der Kleinen Entente, die Sowjets noch nicht einmal anerkannt. Den weiteren Einwand, daß dieser Pakt wichtig für die französische Sicherheit sei, müsse man als einen Versuch bezeichnen, sich über die Erbünde und die moderne Kriegstechnik lustig zu machen. Ist Frankreich also bereit, in einem sowjetrussischen Krieg die bolschewistischen Sowjetrepubliken zu verteidigen? fragt das Blatt zum Schluß.

Frot schon wieder gehorft

Paris, 3. Februar. Der ehemalige französische Innenminister Frot, den die Rechtskreise bekanntlich für die blutigen Zwischenfälle vom 6. Februar 1934 verantwortlich machen und der schon häufig das Opfer tätlicher Angriffe war, ist am Montag nachmittag im Justizpalast in Paris wieder beschimpft und gehorft worden. Er sollte als Rechtsanwalt in einem Prozeß auftreten. Kaum hatte er aber das Anwaltsszimmer verlassen und war im Begriff, die große Freitreppe hinunterzusteigen, die in den Sitzungssaal führt, als er von einer Gruppe rechtsstehender Anwälte und anderer Persönlichkeiten angegriffen und ins Gesicht geschlagen wurde. Der zufällig anwesende Vorsitzende der Rechtsanwaltskammer versuchte vergeblich, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen; erst nachdem die Polizei eingegriffen und die Ruhehersteller gewaltsam entfernt hatte, konnte Frot sich in den Sitzungssaal begeben.

Erdölsperre wird geprüft

Erste Sachverständigenberatungen

Die Genfer Beratungen über die Zweckmäßigkeit bzw. Durchführbarkeit einer Erdölsperre gegen Italien kommen jetzt langsam in Gang. Der Sachverständigenausschuß der Sanktionskonferenz, der mit dieser Aufgabe beauftragt worden ist, ist unter dem Vorsitz des megitanischen Befehlshabers in Paris, Gomez, zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. In dem Ausschuß sind folgende Länder vertreten: England, Frankreich, Iran, Iran, Norwegen, die Niederlande, Peru, Rumänien, Schweden, die Sowjetunion und Venezuela. Zur Teilnahme war auch Argentinien aufgefordert worden, es hat jedoch keinen Sachverständigen entsandt. Es wurden zwei Unterausschüsse eingesetzt, die den Verbrauch Italiens an Erdölprodukten, seine Versorgung und seine Vorräte, die Frage der Transportmittel- und Erlahmlichkeiten untersuchen soll. Es besteht der Eindruck, daß von keiner Seite auf eine Verschleimung der Beratungen Gewicht gelegt wird.

Eine englische Warnung

Die englische Presse verfolgt die zur Zeit in Paris

stattfindenden diplomatischen Besprechungen mit größter Aufmerksamkeit und Spannung. Im Vordergrund steht dabei die Tätigkeit Litwinows. Die Blätter glauben, daß nach dem Besuch Litwinows in Paris die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktes nicht mehr lange auf sich warten lassen werde.

„Daily Mail“ bezeichnet es als die Wurzel schwerster Gefahren, daß Frankreich und anscheinend auch das übrige Europa „gezwungen“ seien, Käseruhland als Verbündeten anzunehmen. Europa treibe einem Krieg entgegen, und wenn keine energischen Maßnahmen zur Entspannung der Lage ergriffen würden, werde es möglicherweise zu einer Katastrophe kommen. Die britische Regierung müsse für den Frieden sorgen und in erster Linie die „selbstmörderische Sühnepolitik“ zu einem Ende bringen.

„Daily Telegraph“ meldet aus dem Vatikan, daß der Papst durch diplomatische Kanäle seine Bemühungen für eine Beilegung des italienisch-abessinischen Streites forsetze; er veruche, die in Genf vertretenen Regierungen zur Ausarbeitung einer Friedensformel zu bewegen.

Mussolini läßt sich nicht aufhalten

Mussolini gewährte einem Vertreter des „Paris Soir“ eine Unterredung, in deren Verlauf er sich zuversichtlich über den Fortgang des Feldzuges in Abessinien äußerte; er gab seiner Versicherung Ausdruck, daß die Abessinier letzten Endes nicht den Sieg davontragen würden. Auch die bevorstehende Regenzeit beeinflusse ihn in seiner hoffnungsvollen Haltung nicht; selbst wenn man annehme, daß es täglich vier Stunden regnen würde, so trete hinterher doch Sonnenschein ein, und diese Sonne sei für die Ermunterung seiner Soldaten sehr viel wert. Hunderttausend italienische Soldaten hätten außerdem bereits eine Regenzeit mit durchgemacht und nicht sonderlich darunter gelitten; die anderen würden sie ebenso überleben. Auf alle Fälle würden die Abessinier sehr viel mehr darunter zu leiden haben; denn Italien würde immer die Möglichkeit haben, seine Truppen mit dem Notwendigen zu versorgen, was bei den Abessinier nicht sehr sicher sei. Die Regenzeit werde die Italiener nicht aufhalten. Sicherlich seien die Schwierigkeiten des Geländes ungeheuer; aber das werde ihn nicht daran hindern, den Feldzug mit der Langsamkeit fortzusetzen, die erforderlich sei.

Englands Aufrüstung

Vor der großen Aussprache im Unterhaus.

Das englische Parlament, das heute erstmalig wieder zusammentritt, wird sich bis zu den Osterferien mit einem außerordentlich umfangreichen und bedeutungsvollen Programm zu befassen haben.

Im Vordergrund steht das englische Aufrüstungsprogramm, das vom Kabinett bereits so gut wie fertiggestellt ist. Die Arbeiteropposition beabsichtigt, die Regierung wegen ihrer Aufrüstungsvorschläge aufs schärfste anzugreifen, und sie wird voraussichtlich in diesem Zusammenhang ein Mißtrauensvotum einbringen.

Auf Betreiben der Arbeiteropposition wird ferner wahrscheinlich schon in der nächsten Woche eine große Aussprache über die internationale Lage stattfinden, in der der italienisch-abessinische Krieg, die Sanktionspolitik, die englisch-ägyptischen Beziehungen und die Ereignisse im Fernen Osten zur Sprache gebracht werden sollen.

Angesichts der gegenwärtig regen diplomatischen Betätigung mittel- und osteuropäischer Staatsmänner in London und Paris ist es außerdem sehr gut möglich, daß auch die allgemeine europäische Lage erörtert werden wird. Eden wird bei dieser Gelegenheit seine erste Rede als englischer Außenminister im Unterhause halten.

Bereits in der Eröffnungssitzung wird Eden von mehreren Abgeordneten über seine Besprechungen mit Litwinow und anderen ausländischen Diplomaten sowie über die letzte Entwicklung im Abessinienstreit und über die Stellungnahme Englands zu einer Dölsperre befragt werden.

Ramsay MacDonald gewählt

Bei den Nachwahlen der schottischen Universitäten zum Unterhaus wurde der Präsident des Geheimen Staatsrats, Ramsay MacDonald, der bekanntlich bei den Hauptwahlen unterlegen war, mit einer Mehrheit von 7359 Stimmen gewählt. Ramsay MacDonald erzielte insgesamt 16 393 Stimmen. Der schottische Nationalist Professor Gibb erhielt 9034 Stimmen. Der Arbeiterpartei Thompson brachte es nur auf 3597 Stimmen.

Ueber zwei Millionen Arbeitslose in England

Die Arbeitslosenzahl in England hat im Monat Januar eine scharfe Zunahme erfahren, die nur teilweise jahreszeitlich bedingt ist. Am 20. Januar betrug nach einer Mitteilung des englischen Arbeitsministeriums die Gesamtzahl der eingetragenen Arbeitslosen 2 159 722; hieron sind 1 732 503 völlig arbeitslos, 345 117 Personen haben vorübergehend die Arbeit eingestellt und 82 102 Personen sind in gelegentlicher Beschäftigung. Verglichen mit dem Vormonat nahm die Arbeitslosigkeit in Großbritannien um 291 157 zu. Als Grund für diese erhebliche Zunahme wird in der amtlichen Mitteilung teilweise das schlechte Wetter angegeben, das die Arbeit unter freiem Himmel beeinträchtigt habe.

